

**Wahlprogramm**  
**zur Abgeordnetenhauswahl 1963**  
der Freien Demokratischen Partei  
Landesverband Berlin

**„Das freiheitliche Berlin  
braucht Freie Demokraten“**

---

Quelle/Zitierweise: ADL, Flugblattsammlung, E2-461  
Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-394

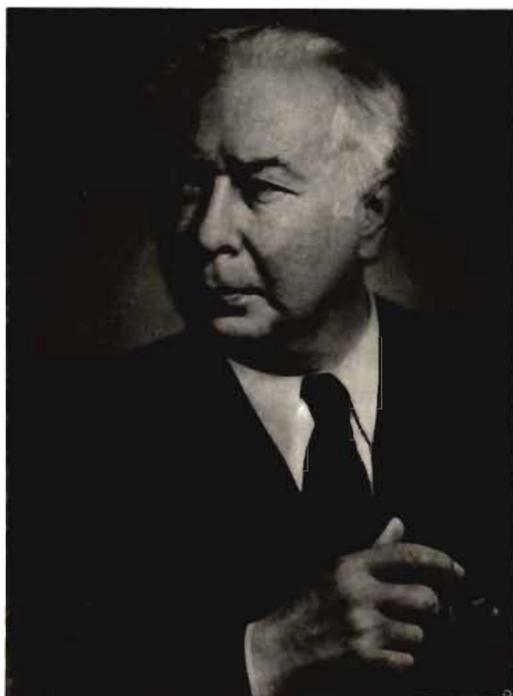
das  
freieitliche  
BERLIN



Schloß Bellevue von Prof. Dr. Theodor Heuß zum Berliner Amtssitz des Bundespräsidenten bestimmt.

braucht

# FREIE DEMOKRATEN



Prof. Dr. Theodor Heuss

## Bekennnis zur FREIEN DEMOKRATISCHEN PARTEI auf dem Bundesparteitag 1961 in Frankfurt a. M.

Ich bin gekommen, um ganz einfach eines zu sagen: Die Welt soll ruhig erfahren, auch die deutsche Welt, woher ich komme und wohin ich immer gehört habe.

Ich habe den Versuch gemacht, das Amt, das auf mich zugekommen war, so zu führen, wie es im inneren Sinn des Grundgesetzes gedacht war: *pouvoir neutre*. Ich habe persönliche Vertrauensbeziehungen zu allen gepflegt: zur CDU, zur SPD. Ich bin aber doch nun alter FDP-Mann.

Auch zu meiner inneren eigenen Sicherheit kann ich nur dies wünschen: daß der Wahlkampf, der in einiger Zeit anlaufen wird, oder schon tönend vor der Tür steht, honorig geführt wird, und daß er für unsere Gruppe mit einem zu erwartenden Erfolge beschlossen werden kann.

## Berlin steht für Deutschland

Unser Vaterland ist geteilt — Berlin, seine Hauptstadt, durch die Mauer zerrissen. Die Bedrohung unserer Freiheit durch die kommunistischen Machthaber besteht fort.

Berlin ist an die Bundesrepublik gebunden, aber in Berlin entscheidet sich das Schicksal Gesamtdeutschlands.

Enge politische, rechtliche und wirtschaftliche Bindungen zur Bundesrepublik sichern die Freiheit unserer Stadt. Die Bundesregierung muß ihre Anstrengungen verstärken, Berlin noch fester in die Bundesrepublik einzugliedern.

**Die Freiheit Berlins ist die einzige Hoffnung für unsere unterdrückten Landsleute in Mitteldeutschland.**

In der Auseinandersetzung mit dem Osten sind der liberale Rechtsstaat und die lebendige Demokratie die entscheidenden Waffen gegen die kommunistische Herausforderung.

**Heute und morgen  
die Freiheit bewahren**

# Ein kraftvolles Parlament

Das Berliner Abgeordnetenhaus muß seine frühere Bedeutung zurückgewinnen und sich wieder auf seine Verantwortung besinnen. Gegenwärtig ist das Parlament träge und matt. Ihm fehlt eine parlamentarische Opposition.

## Ohne Opposition keine Kontrolle – Opposition tut not.

Die Berliner haben Anspruch auf eine Kontrolle der Verwaltung. Nur eine Opposition wird die Regierung zwingen, vor der Öffentlichkeit Rede und Antwort zu stehen.

### Die Freien Demokraten fordern:

- **Wirksame Kontrolle des Senats und Verringerung der Zahl der Senatoren**
- **Verwaltungsfachleute an Stelle der Bezirksstadträte**
- **Beseitigung der Parteibuchwirtschaft**  
Verdienste um Partei oder Gewerkschaft dürfen nicht die fachliche Eignung ersetzen. Die parteilosen Angehörigen des öffentlichen Dienstes dürfen nicht länger benachteiligt werden.
- **Vereinfachung der Verwaltung**  
Die Verwaltung braucht allgemein verständliche Gesetze und klar abgegrenzte Zuständigkeiten. Zuviele Behörden bedeuten bürokratischen Leerlauf und belasten den Bürger.
- **Einschränkung des Weisungsrechtes gegenüber der Staatsanwaltschaft**  
Ein von Weisungen der Justizverwaltung im Einzelfall unabhängiger Staatsanwalt sichert — zusammen mit dem nur Recht und Gesetz unterworfenen Richter — den liberalen Rechtsstaat.
- **Sicherung der Pressefreiheit durch gesetzlich geschützten Aussageverweigerungsrecht für alle Journalisten.**
- **Ein Verfassungsgericht für Berlin**  
Es garantiert die Grundrechte des einzelnen und verhindert die Verletzung der Verfassung. Im Gegensatz zum übrigen Bundesgebiet fehlt diese Einrichtung zum Schutze des Bürgers in Berlin.

# Eine liberale Kulturpolitik

Berlins kulturelle Leistungen sind auf freiheitlichem Geist und Toleranz gegründet. Sie gilt es zu erhalten und gegenüber bürokratischer Enge und konfessioneller Bevormundung zu verteidigen.

## Freiheit der Kultur ist Freiheit des Volkes

Die Erziehung der Jugend ist wichtigste Aufgabe des Volkes. Bilden zur freien Persönlichkeit, Erziehen zum verantwortungsbewußten Staatsbürger und Ausbilden zum lebensstüchtigen Menschen, sind Ziele liberaler Politik.

Den vielfältigen Anforderungen der modernen Gesellschaft muß der Aufbau der Schule gerecht werden. Allen Versuchen zur Beseitigung der Oberschule Technischen Zweiges (Mittelschule) ist energisch entgegenzutreten.

Kunst und Wissenschaft bedürfen großzügiger Förderung, die sinnvolle Erhaltung des Bestehenden und organische Fortentwicklung einschließt. Der dringend erforderliche Ausbau der vorhandenen Kulturstätten darf durch fragwürdige Projekte nicht gefährdet werden.

### Die Freien Demokraten fordern:

- **Stetige Fortentwicklung der Schule ohne ständiges Experimentieren**  
Träger der Bildungsaufgabe ist der Lehrer. Seine Ausbildung und seine Stellung müssen dieser Bedeutung entsprechen. Eine Änderung des unklaren Lehrerbildungsgesetzes ist dringend erforderlich.  
An jeder Grundschule ist ein Schulkindergarten zu errichten; die Ausbildung der Sozialpädagogen muß dies berücksichtigen.  
Die Lateinklassen der Grundschulen sind an die Oberschulen Wissenschaftlichen Zweiges zu verlegen.
- **Ausbau der Universitäten, Hoch- und Fachschulen**  
Diese Maßnahmen müssen mit Vorrang behandelt werden, damit der Anspruch der Berliner Jugend auf Zulassung zum Studium erfüllt und ausreichende Studienplätze für die nach Berlin drängenden Studenten geschaffen werden können.

## Eine vernünftige Wirtschafts- und Sozialpolitik

Unsere Stadt lebt von ihrer leistungsfähigen Wirtschaft. Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben gemeinsam den wirtschaftlichen Aufschwung bewirkt. Das Steuersystem darf die Tüchtigen und Fleißigen nicht durch Abschöpfung des Leistungs- und Überstundenentgeltes benachteiligen.

### Sozialer Friede dient allen

Sparsamkeit des Staates ist Voraussetzung für eine gesunde Finanz- und Währungspolitik. Stabilität der Währung sichert freiheitliche Sozialpolitik. Alle Schichten der Bevölkerung müssen am wirtschaftlichen Aufschwung teilhaben.

### Die Freien Demokraten fordern:

- **Reform der Steuergesetzgebung**  
Das Steuersystem muß allgemeinverständlich sein. Die steuerliche Benachteiligung der mittleren Einkommen ist zu beseitigen. Eine gezielte Steuersenkung muß durch Verringerung der Hebesätze in der Gewerbesteuer und durch Abschaffung der Lohnsummensteuer erreicht werden.
- **Sicherung der Auftragsvergabe nach Berlin**  
Für alle Warenlieferungen von und nach Berlin sind automatische Bundesbürgschaften erforderlich.
- **Verstärkte Werbung von Arbeitskräften für die Wirtschaft**  
Sie darf nicht durch bürokratische Maßnahmen gehemmt werden.
- **Erhaltung eines leistungsfähigen gewerblichen Mittelstandes**  
Für mittelständische Betriebe ist auch bei geringen Eigenmitteln eine großzügigere Gewährung von ERP-Krediten zum Ausbau und zur Rationalisierung notwendig.
- **Sicherung des Arbeitsplatzes**  
Arbeitsplätze müssen auch in Mittel- und Kleinbetrieben erhalten werden. Verstärkte Investitionen durch Steuerbegünstigung nicht entnommener Gewinne sind hierfür ein geeignetes Mittel.
- **Eigentum für alle**  
Breitgestreutes Eigentum festigt den sozialen Frieden. Sparwille und Sparfähigkeit des einzelnen sind unabhängig von Beruf und Arbeitsplatz durch Erhöhung des Realeinkommens zu fördern.
- **Aufwertung der Alt-Lebensversicherung**
- **Schutz der Rentner vor einem Absinken ihres Lebensstandards**
- **Geeignete Wohnungen für alte Mitbürger**  
Unsere alten Mitbürger haben Anspruch auf einen würdigen Lebensabend. Sie müssen Raum und Möglichkeiten zur eigenen Lebensgestaltung erhalten.

## Eine fortschrittliche Gesundheits- und Jugend-Politik

Die Gesunderhaltung unseres Volkes ist eine wichtige Aufgabe. Die vorbeugende Gesundheitspflege muß gefördert und die Gesundheitsvorsorge in die gesetzliche Krankenversicherung einbezogen werden. Die Freiheit der ärztlichen Berufsausübung ist die beste Garantie für die Volksgesundheit.

### Die Freien Demokraten fordern:

- **Freie Arztwahl zur Festigung des Vertrauensverhältnisses zwischen Arzt und Patienten**
- **Beseitigung des Bettenmangels in den Berliner Krankenhäusern.**  
Die Bettenzahl muß der Altersstruktur der Berliner Bevölkerung angepaßt werden.
- **Verbesserte Arbeitsbedingungen für das Krankenpflegepersonal**  
Eine moderne Ausstattung der Krankenhäuser erleichtert die schwere Arbeit des Pflegepersonals.
- **Mehr Kinder- und Jugendspielplätze**  
Die Jugend soll in gesunder Umgebung aufwachsen. Die Straße ist kein Spielplatz.
- **Ausbau der Kindertagesstätten**  
Zur Entlastung der berufstätigen Mütter muß die Zahl der Kindertagesstätten vermehrt werden.
- **Verwirklichung des „Goldenen Planes“**  
In den Schulen müssen ausreichende Sport- und Übungsstätten geschaffen werden. Der Sportunterricht ist zu verstärken. Den Sportvereinen kommt für die Erhaltung der Volksgesundheit und Erziehung der Jugend entscheidende Bedeutung zu. Sie verdienen deshalb großzügige Förderung.

# Für ein lebendiges Parlament

Am 17. Februar muß das Parlament in dieser Stadt wieder lebensfähig werden. Vor vier Jahren hat sich die CDU gescheut, die Aufgabe der Opposition zu übernehmen. Sie hat ihren Wählerauftrag nicht erfüllt und ist in eine Koalition mit der SPD ausgewichen.

Es geht daher bei dieser Wahl nicht um Kräfteverschiebungen innerhalb der rot-schwarzen Senatskoalition. Es geht darum, die Politik hinter verschlossenen Türen zu beenden und dem Abgeordnetenhaus seine Kontrollfunktion zurückzugeben. Es geht darum, die absolute Mehrheit der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus zu brechen.

**Nur wer die FDP wählt, hat die Garantie, daß es in Berlin wieder eine Opposition geben wird und daß im Abgeordnetenhaus wieder frischer Wind weht.**

Weil die Demokratie auch in Notzeiten nicht auf eine parlamentarische Kontrolle verzichten kann, wird sich die FDP nicht an einer Allparteienregierung beteiligen.

Wir, die Freien Demokraten, sind für die Aufgabe der Opposition bereit und gerüstet. Wir werden aber auch die Regierungs-Verantwortung nicht scheuen, wenn eine parlamentarische Opposition gesichert ist und wenn die Gewähr besteht, daß unsere politischen Ziele in der Regierung zur Geltung kommen.

**Angesichts der Mauer muß das neue Berliner Parlament das Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition vorleben.**

Die Freie Demokratische Partei hat eine stolze Tradition: Der Liberalismus hat den freiheitlichen Rechtsstaat geschaffen. Die Liberalen haben in Wirtschaft und Wissenschaft, in Kultur und Gesellschaft die Kräfte entwickelt und gefördert, die den Fortschritt des modernen Lebens bedeuten.

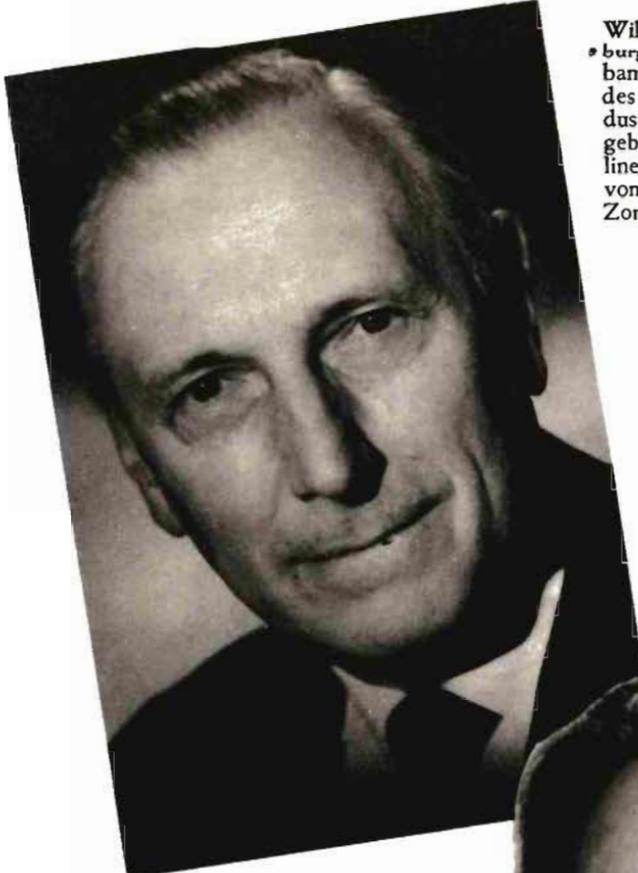
**Liberaler Politik bewahrt die Freiheit des einzelnen!**

## Darum FDP

## Darum Wahlvorschlag

**3**

**Das freiheitliche Berlin braucht  
FREIE DEMOKRATEN**



William Borm, geboren in Hamburg. Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der FDP, Mitglied des Bundesvorstandes der FDP, Industriekaufmann, 67 Jahre. Maßgeblich an der Brechung der Berliner Blockade beteiligt, deswegen von 1950—1959 inhaftiert im Zonen-KZ.

Dr. Clara von Simson, geboren in Rom. Mitglied des Landesvorstandes der Berliner FDP. Privatdozentin für Physikalische Chemie (Technische Universität), 65 Jahre, Leiterin des Lettevereins. Sie entstammt einer Familie, die seit Generationen der liberalen Sache dient. Ihr Urgroßvater war Mitglied der Paulskirchen-Versammlung in Frankfurt/M. 1871 erster Präsident des 1. Deutschen Reichstages.

Hans-Günter Hoppe, geboren in Stettin. Stellv. Vorsitzender der Berliner FDP, Mitglied des Bundesvorstandes der FDP, Jurist, 40 Jahre, Universitätsdirektor (Freie Universität). Von 1952—1958 Mitglied des Abgeordnetenhauses, seit 1955 Vizepräsident, 1945 aus seiner pommer-schen Heimat vertrieben, 1949 aus der Sowjetzone geflüchtet.



20-461